

Für die österreichische Industrie ist es bereits eins vor zwölf

Industriesparten der Wirtschaftslandeskammern warnen vor Stillstand

Massive Lohnnebenkosten, enorm hohe Abgabenquote und Energiekosten, überbordende Bürokratie sowie höchst unflexible Arbeitszeitregulierung, diese negativen Faktoren sind vielseitig, haben aber eines gemeinsam: sie gefährden langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Österreich. „So kann es nicht weitergehen“, fordern die Industriesparten der Wirtschaftslandeskammern bei ihrem Gipfeltreffen in Salzburg.

„Wir haben lange genug zugesehen und gewarnt. Wenn es nicht bald zu Reformen kommt, dann werden unsere Leitbetriebe in wettbewerbsfreundlichere Länder abwandern. Was das für den Produktionsstandort bedeutet, wissen wir alle“, kritisiert Günter Rübiger, Obmann der Sparte Industrie der WKO Oberösterreich. „Darum ist es kurz vor zwölf. Wir müssen uns intensiv für unseren Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit einsetzen“, so Rübiger.

Änderungen statt Stillstand gefordert

Besonderen Unmut bei den Landessparten erzeugt der derzeit herrschende Stillstand seitens der Politik. Gefordert werden umgehende Veränderungen. Als ersten und wichtigsten Schritt sehen die Landessparten eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie der Abgabenquote. „Österreich ist ein Höchststeuerland des Hochsteuergebiets Europa. Wir verzeichnen mit 45,2 Prozent des BIP eine der höchsten Abgabenquoten innerhalb Europas. Auch wenn bereits eine Senkung von 0,2 Prozent der Lohnnebenkosten beschlossen worden ist und dies als erster Schritt gesehen werden kann, es ist noch lange nicht genug“, betont Rübiger.

Auch das Thema Arbeitszeitregulierung stand beim Gipfeltreffen im Mittelpunkt der Diskussionen. „Wir leben in einer global vernetzten Zeit, die immer schneller bessere Leistung abverlangt. Wie soll das funktionieren, wenn unsere Mitarbeiter bei konjunkturellen Arbeitsspitzen nicht mehr als maximal zehn Stunden arbeiten dürfen, auch wenn sie mehr arbeiten sollten und auch wollen? Von den Unternehmen wird immer verlangt, flexibel zu sein, aber genau in diesem Bereich werden sie in ihre Schranken verwiesen. Vor allem Betriebe, deren Mitarbeiter im Ausland arbeiten, leiden massiv unter den starren Regulierungen“, kritisiert Rübiger.



Die Vertreter der Industriesparten diskutierten mit Konrad Steindl, Präsident der Wirtschaftskammer Salzburg (Bildmitte) intensiv das Thema Standortsicherung: v. l. Rudolf Zrost (Salzburg), Angelika Kresch (Steiermark), Günter Rübiger (Oberösterreich) und Christoph Hinteregger (Vorarlberg)

Foto (© Franz Neumayr/Abdruck honorarfrei) unter <http://wko.at/ooe/medienservice> ■